

Was von Corona übrig blieb

Stand: 11:33 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Jakob Hayner**

Freier Mitarbeiter im Feuilleton



Erinnern Sie sich? Scholz und Merkel in der Krise

Quelle: John Macdougall/AFP/dpa/picture alliance

Fast vier Jahre nach dem Beginn der Corona-Krise muss man festhalten: Eine Aufarbeitung bleibt aus. Das ist ein Problem, denn der Blick zurück wäre auch einer voraus: Corona war nur ein Beispiel dafür, wie heutige Gesellschaften auf Krisen reagieren.

Was gibt's eigentlich Neues zu Corona? Während die Kampagnen zur Auffrischungsimpfung laufen, veröffentlicht die Europäische Arzneimittelagentur EMA Ende November einen Brief zur Corona-Impfung von Pfizer und Moderna (https://www.ema.europa.eu/en/documents/other/letter-members-parliament_.pdf). Dass die neuartigen mRNA-Impfstoffe weder vor Ansteckung noch Übertragung verlässlich schützen und ernste Nebenwirkungen verursachen können, sei von Anfang an bekannt gewesen, gibt die EMA unumwunden zu. Weil das oft anders behauptet wurde, hatten ein

paar Abgeordnete des EU-Parlaments nachgefragt.

Warum wussten die Regierungen nicht, was die EMA wusste? Oder wollten sie es nicht wissen? 3G, 2G, Herdenimmunität oder „Durchimpfen“ – all diese Strategien waren mit dem, was der EMA vorlag, nie zu vereinbaren. Ebenso wenig die „nebenwirkungsfreie Impfung“, wie sie Karl Lauterbach öffentlich anpries (</kultur/plus244325985/Corona-Impfung-Nebenwirkungsfrei-Wie-das-Team-Lauterbach-Joshua-Kimmich-jagte.html>) – als Bundesgesundheitsminister. Während einer der EU-Parlamentarier die Antwort der EMA als „schockierende Fakten“ bezeichnet, herrscht sonst nur Schweigen, in vielen Zeitungen erscheint nicht einmal eine Meldung.

Egal, ob man den Brief für eine große Enthüllung hält oder nicht: Der Umgang damit ist beispielhaft für den Stand der Corona-Aufarbeitung. Wer bereits bezweifelte, dass Maßnahmen wie Lockdowns und Impfzwang tatsächlich der Gesundheit förderlich sind, darf sich in diesem Verdacht bestätigt fühlen. Wer nie Zweifel hatte, dürfte – falls er solche Widersprüche überhaupt zur Kenntnis nimmt – die offizielle Regierungsposition als eine letzten Endes gut gemeinte Notlüge abtun. Es bleiben zwei getrennte Welten, jede in sich geschlossen.

Nun hat es keinen Brief von der EMA oder einer sonstigen Institution gebraucht, um zu merken, dass mit einer Gesellschaft etwas nicht stimmen kann, die sich am Phantasma einer „Tyrannei der Ungeimpften“ berauscht und solche „Gefährder“ mit aller Härte bestrafen will. Es zeigt aber, dass der Wunsch nach Aufarbeitung kaum Widerhall in staatlichen Institutionen findet, sodass man sich selbst auf kleinste Eingeständnisse stürzt, so folgenlos sie auch sein mögen. Doch die oft geforderte Aufarbeitung kommt so nicht wirklich in Gang.

Unklar ist außerdem, was Aufarbeitung – juristisch, politisch oder intellektuell? – eigentlich meint. Geht es um die Verstrickungen von Regierungen, Experten und Pharmaindustrie, wie bei den Geheimdeals zwischen Pfizer und der EU? Oder um die fragwürdige Aushöhlung der WHO und der digitalen Öffentlichkeit [durch Superreiche wie Bill Gates \(/politik/deutschland/plus241078911/Corona-Politik-Die-Machtmaschine-des-Bill-Gates.html\)](/politik/deutschland/plus241078911/Corona-Politik-Die-Machtmaschine-des-Bill-Gates.html), wie man nochmal im neuen Fischer-Sachbuch [„Das Bill-Gates-Problem“](#)

(https://www.fischerverlage.de/buch/tim-schwab-das-bill-gates-problem-9783103971651?utm_source=google&utm_campaign=SFI_Schwab_Bill-Gates-Problem_RgSb_Google&utm_content=responsiv&gclid=Cj0KCQiAgqGrBhDtARIsAM5s0_LXFvUvHjVC7WKCUMZiXFEBwj-bmt0yk0Bh06W25BW8ZXq0K7EBau4aAgvuEALw_wcB) von Tim Schwab nachlesen kann? Oder gar um eine ganze Gesellschaft, die in den Katastrophen- und Selbstzerstörungsmodus (<https://welt.de/kultur/plus243193687/Krise-des-Westens-Der-sechste-Zyklus-hat-bereits-begonnen.html>) geschaltet hat?

Wer sich ein eigenes Bild von den Versuchen einer Corona-Aufarbeitung machen will, landet Ende November in einem Berliner Industriegebiet hinterm S-Bahn-Ring. Unter dem Titel „Neue Normalität“ hat die Neue Gesellschaft für Psychologie (NGfP) (<https://www.ngfp.de/2023/07/kongress-der-neuen-gesellschaft-fuer-psychologie-vom-23-25-november-2023-die-neue-normalitaet/>) zu drei Tagen mit Vorträgen und Diskussion geladen. Beim Büchertisch im Vorraum stapeln sich Unmengen von Corona-Literatur, dazwischen das „Konspirationistische Manifest“ (</kultur/plus241152925/Corona-Manifest-Wir-wollen-uns-raechen-fuer-diese-zwei-Jahre-weisser-Folter.html>), etwas zum Ukraine-Krieg, Janosch oder Naturheilkunde. Kurz: ein Kessel Buntes.

Vereinzelung als Zwangsbeglückung

Wie Hans-Jürgen Bruder, der Vorsitzende der NGfP, scheinen viele der über 100 Menschen bei der Tagung biografisch der Linken verbunden – oder waren es zumindest einmal. Bruder kommt von der Sozialpsychologie Peter Brückners und der kritischen Psychologie Klaus Holzkamps. Ausgehend von einer Kritik des Behaviorismus und des Neoliberalismus landet er bei der Kritik der Corona-Maßnahmen. Bereits vor Corona sei Bruder in die Gefilde des Obskurantismus geraten, meinen Kritiker. Diesen Eindruck zu widerlegen, schafft die Veranstaltung kaum.

Was hat die Linke in der „Neuen Normalität“ getan oder unterlassen? Die Linke hat gegen Logik und Verstand ein Virus aus der Gesellschaft aussperren wollen – und als Mittel dazu

jede Form staatlichen und sozialen Zwangs begrüßt. Sie billigte, dass Gesundheit aus Vereinzelung und Zwangsbeglückungen der Pharmaindustrie bestehen soll. Und sie war bereit, sowohl die offene und kritische Debatte als auch demokratische Grundrechte ohne große Widerrede zu opfern. Eine Katastrophe für Linke und Liberale, die bis heute für Verwirrung sorgt.

Will man die grotesken Maßnahmenexzesse ([/kultur/plus232169045/Polizeieinsaetze-gegen-Partys-Die-Kriminalisierung-der-Jugendlichen.html](https://kultur.plus232169045/Polizeieinsaetze-gegen-Partys-Die-Kriminalisierung-der-Jugendlichen.html)) der Corona-Krise verstehen, muss man die ihnen innewohnende soziale und psychologische Logik begreifen. Ein Versuch, der auf der Tagung mal besser und mal schlechter gelingt. Besser, wo zum Beispiel Andrea Komlosy (<https://ufind.univie.ac.at/de/person.html?id=7060>) über die digitale Revolution des Kapitalismus oder Tove Soiland (https://unrast-verlag.de/author_herausgeber/tove-soiland/) über das Kippen der Liberalisierungsbewegungen in einen postideologischen Totalitarismus sprechen. Und schlechter, wo oft genug plumpe Denkkürzungen in die bekannten Sackgassen führen.

Der sich andeutende Konflikt verläuft zwischen einem ernsthaften Bemühen um das Verständnis gegenwärtiger Krisen einerseits und andererseits einer Suche nach gefühlten Schuldigen, die dann schnell bis zum großen Satan Amerika und ähnlichen Verschwörungsphantasien führt, fast, als würde man unbedingt das Klischee der „regressiven Rebellen“ erfüllen wollen. Doch Aufarbeitung ist ohne Aufklärung nicht zu haben. In der Hinsicht, so ehrlich muss man sein, sieht es bis auf Ausnahmen – wie etwa Soiland – in der Szene der Maßnahmenkritik eher wenig überzeugend aus.

Das bleibende Unbehagen

Was aus der Corona-Krise bleibt – und das bis heute –, ist ein Unbehagen an dem neu eingeübten Umgang in der formierten Gesellschaft: dem Misstrauen, der Ausgrenzung und dem Zwang. Und auch hier ist Aufarbeitung wenig angesagt und verbleibt im Sumpf kleinerer Zirkel, auf die sich vom Mainstream leicht herabblicken lässt – allerdings ohne irgendwelche Anstalten zu machen, dieses Unbehagen seinerseits zum Thema zu machen. So verhindert diese seit Corona bestehende Spaltung eine kritische Debatte auch im Nachhinein.

Der Blick zurück wäre auch einer voraus: Corona war nur ein Beispiel, wie sich heutige Gesellschaften in Krisen verhalten. Und dass die Krisen nicht weniger werden, weiß auch das World Economic Forum, das in seinem „Global Risks Report“ (https://www3.weforum.org/docs/WEF_Global_Risks_Report_2023.pdf) ein „einzigartiges, unsicheres und turbulentes Jahrzehnt“ verspricht. Und angesichts der Corona-Krise als Auftakt zu einer großen Zeitenwende darf man sich durchaus fragen, ob man kommende Krisen nicht politisch, sozial und psychologisch anders „gehändelt“ wissen möchte als 2020.

Fast vier Jahre nach dem Beginn der Corona-Krise muss man festhalten, dass bisher die Aufarbeitung ausbleibt. Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit sind nicht interessiert, das Protestmilieu ist in seiner eigenen Empörungsechokammer gefangen. So ist die Reflexion über das, was in der Corona-Zeit gesellschaftlich Gestalt anzunehmen begonnen hat, ein zufälliges Werk von Einzelnen, aber kein verbreitetes soziales Bedürfnis. Der Unwille, Lehren aus der Corona-Krise ziehen zu wollen, bedeutet nichts Gutes für die Zukunft.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  927

NEIN  58

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/248804354>